

Zur Situation im Iran

Gestern Nachmittag konnte man auf Spiegel-Online zur Einschätzung der Lage im Iran folgendes lesen: »Etappensieg für die Staatsmacht in Teheran: Mit brutaler Gewalt hat das Regime die Demonstranten vorerst zurückgedrängt.« So frustrierend es ist, so wahrscheinlich scheint das Aufflackern einer hoffnungsvollen, iranischen Oppositionsbewegung in einem mit bestem Gewissen islamfaschistisch regiert zu bezeichnenden Land, der Islamischen Republik Iran, auf unglaublich brutale Weise vorerst niedergeschlagen worden zu sein.

Nichts ist geschehen, was man nicht zuvor von diesem Regime hätte erwarten können, nichts hat sich offenbart, was nicht jeder längst hätte wissen können.

Die Bilder, die trotz strengster und modernster Zensur immer wieder nach draußen gelangten, zeigten mit der Nachdrücklichkeit von Live-Aufnahmen hingerichteter Sterbender, wozu ein islamisches Regime in der Gestalt des iranischen fähig und willens ist, was es in der Praxis bedeutet. Zur Durchsetzung und Beibehaltung des status quo hat das Regime mit Hilfe von Revolutionsgarden und staatlich koordinierten Freizeitschlägern in den letzten Tagen die vermeintlichen und wirklich Protestierenden auf den Straßen brutal zusammengeschlagen. Unzählige Verwundete und mindestens 20 Tote sind zu beklagen. In effizienter Organisation wurde und wird eine Atmosphäre der Angst erzeugt, mit dem Ziel jede künftige Protestbewegung im Keim zu ersticken. Dazu wurden massenhaft Personen verhaftet, von deren Schicksal man teilweise nichts weiß (von Folterungen ist auszugehen) und die in den kommenden Tagen drakonische Strafen erwarten. Weiterhin wurden gezielt Leute in ihren Wohnungen aufgesucht, verprügelt und deren Eigentum zerstört.

Anlass, wohlgemerkt nicht die Ursache, waren massive Wahlfälschungen, die als erwiesen betrachtet werden können. Es war nicht die erste Wahlfälschung seitens des Regimes, aber keine wurde zuvor so plump und dreist vollzogen. Folge war die größte Erhebung gegen das islamische, klerikalfaschistische Regime seit dessen Errichtung durch die Revolution von 1979. Am wahrscheinlichsten handelt es sich dabei um überstürzte Reaktionen zur Eindämmung der sich abzeichnenden Proteste und weitergehenden Forderungen im Zusammenhang mit der Unterstützung Mirhossein Mousavis, für den seitens des Regimes eine ganz andere Rolle vorgesehen war. Üblicherweise, und so auch diesmal, wird eine Wahlfarce inszeniert: Eine Vorauswahl der Prä-

sidentschaftskandidaten durch den islamischen Wächterrat (dem eigentlichen Machtzentrum des Iran) lässt letztendlich nur die Wahl zwischen klaren Befürwortern der islamischen Machtkonstellation zu. Eine demokratische Wahl ist dadurch von vornherein unmöglich. Oppositionelle, die diesen Namen verdienen, haben darauf kontinuierlich mit Aufrufen zum Boykott dieser Pseudowahlen hingewiesen.

Diesmal sammelten sich aber viele Unterstützer hinter Mousavi. Der Protest, der auch von vielen, die Mousavi aus guten Gründen ablehnten, getragen wurde, drohte sich zu selbstständigen.

Mirhossein Mousavi, der zu Beginn der 80er Jahre Präsident des Iran war und Verantwortung für die schlimmsten Verfolgungen Oppositioneller trägt, kann durchaus als das Gegenteil jenes Reformers bezeichnet werden, zu dem er durch die westlichen Medien in Ignoranz gegenüber den iranischen Verhältnissen immer wieder ernannt wurde. Es ist aber dieser Mousavi, der nun, ob gewollt oder nicht, zum Symbol eines Widerstandes wurde, der sich im Fortlauf der Proteste mehr und mehr radikalisierte, und sich zunehmend gegen die islamische Republik, z.B. in Person des Ayatollah Khamenei richtete.

Auch wenn man deshalb bis zur Wahl unter Parteinahme auf eine ernsthafte demokratische und säkulare Opposition, gegen den Wahlerfolg Mousavis Stellung beziehen musste, sollte man heute, so unsere vorsichtige Einschätzung, im Interesse aller Iranerinnen und Iraner seinen Erfolg wünschen. Eine derartige Unterstützung sollte freilich weniger der konkreten Politik wegen erfolgen, die von ihm zu erwarten ist. Hat er doch bisher weder die iranische Atompolitik und somit die direkte Bedrohung Israels in Frage gestellt, noch auch nur den Hauch eines Zweifels am Zwang der Verschleierung von Frauen aufkommen lassen. Wohl aber stünde ein Erfolg Mousavis seit seiner öffentlich übernommenen Rolle als Oppositionsführer für die Delegitimation des Regimes. Unter seiner Führung haben sich die Proteste jedenfalls soweit selbstständig und radikalisiert, dass das gesamte Regime nicht mehr als unantastbar gilt.

Und damit wird auch die Hoffnung auf ein Ende jenes Tugendterrors geweckt, der sich jetzt in der Unterdrückung von Frauen, der Verfolgung und Ermordung Homosexueller und der brutalen Repression ethnischer Minderheiten, nicht-islamischer Religionen und politischer Opposition, niederschlägt.

Mit den Ereignissen der letzten Tage scheint aber die Hoffnung auf dieses politische Minimalergebnis auf absehbare Zeit illusorisch geworden zu sein. »Einige Oppositionelle debattieren schon über die Taktik nach ihrer Niederlage – andere (aber) hoffen noch auf eine neue, machtvolle Kundgebung am Donnerstag,« schreibt Spiegel-Online.

So sehr man sich über jede aufflammende Bewegung zu freuen hat, so sehr man jeder weiteren Protestregung Erfolg wünschen muss, so sehr steht man deshalb vor dem hoffnungslosen Dilemma (dank Twitter und youtube sehenden Auges), dass die Protestierenden den regimetreuen Schlägermilizen kaum etwas entgegenzusetzen haben.

Dass die Protestierenden bereit sind diese Gefahren in Kauf zu nehmen, ist sicher weniger Ausdruck für islamischen Märtyrergeist als der allgemeinen Lebenssituation unter der Herrschaft der iranischen Mullahdiktatur: letztlich deren Hunger nach einem freien Leben, dem sie bisher nur in abgedichteter Privatheit nachgehen konnten. Die politische Ausrichtung ist sicher diffus, einigend ist der Hass auf ein Regime, dessen barbarischer Charakter für viele tägliche Realität ist.

Die einzige Bedingung der Möglichkeit diesen Hunger nach Freiheit zu stillen ist ein »Regime Change« – der Sturz des islamischen Regimes und die Errichtung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse. Das würde mehr als nur freie Wahlen bedeuten, sondern vor allem auch juristisch durchsetzbare umfassende Persönlichkeitsrechte beinhalten. Für den Status der Religion würde dies den vollständigen Rückzug in die Sphäre der privaten Entscheidung bedeuten, einen Zustand den allerdings, heute noch ein Großteil der Demonstranten ablehnen würde.

Demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse orientieren sich aber nicht allein an der Durchsetzung des Willens der Mehrheit, sondern am Maß persönlicher Freiheit und dem Entfaltungsspielraum von Minderheiten. Gesellschaftliche Veränderungen in diese Richtung müssten somit das Zusammenbrechen eines modernen islamischen Regimes beinhalten und wären zugleich ein lange nicht gesehenes Ereignis, dass wieder Hoffnung auf eine Vernunft in der Geschichte wecken könnte.

Und in der Tat wäre eine derartige Entwicklung vielleicht gerade im Iran denkbar, einem Land, das verglichen mit anderen islamischen Ländern eine starke intellektuelle und bürgerliche Schicht hat, eine Jugend deren Traum es nicht vorrangig ist, als Märtyrer zu sterben, sondern ebenso aktiv ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten, wie sich lustvoll den, den Himmel auf Erden versprechenden Segnungen der Kulturindustrie hinzugeben.

Welche Möglichkeiten praktischer Unterstützung gibt es? Möglichkeiten bestehen wenn, dann wohl vor allem auf Regierungsebene. Mit leiser Ausnahme der Regierungen der USA und Großbritanniens wurde aber bisher wenig Engagement und Parteinahme gezeigt. Mit strategischer Zurückhaltung ist dies nur unzureichend zu erklären. Viel zu zahlreich

waren dafür die pflichtschuldigen Versicherungen, sich nicht in »innere Angelegenheiten« einmischen zu wollen. Die Tabuisierung von »Einmischungen«, das heißt Interventionen im Interesse der Menschen in den betreffenden Ländern, wie der Menschheit generell, bedeutet nichts anderes, als jedem Land das Recht auf seinen eigenen Weg in barbarische Verhältnisse zuzugestehen.

Es stellt sich also nicht die Frage ob, sondern nur wie eine Intervention sinnvoll sein kann. Der Ruf der feministischen Bewegung im Iran aus dem Jahre 1979 »Menschrecht ist universell« hat heute nichts an seiner Aktualität verloren und bringt die Notwendigkeit, sich für Befreiung in jedem Land einzusetzen, also sich in »innere Angelegenheiten« einzumischen, auf den Punkt.

Zu fordern wäre von der Bundesregierung ein klares Bekenntnis zu einem Wechsel der Machtverhältnisse hin zu einem säkularen Staat, der diesen Titel verdient. Das schließt konkret ein:

- zu fordern, dass die demokratische und säkulare Opposition Irans im In- und Ausland und alle verfolgten Gruppen im Iran vorbehaltlos unterstützt werden,
- zu fordern, dass das derzeitige Regime im Iran nicht anerkannt wird und alle offiziellen diplomatischen Kontakte abgebrochen werden,
- zu fordern, die wirtschaftlichen Sanktionen zu erweitern, einen umfassenden Handlungsboykott zu beschließen, dass dem iranischen Regime die technologischen und andere lebensnotwendige Güter entzogen werden,
- zu fordern, dass die Botschaft im Rahmen ihrer Möglichkeiten verletzte Demonstranten ärztlich versorgt und allen Verfolgten durch uneingeschränktes Asyl zu Hilfe kommt

Allesamt Forderungen, mit denen auch die meisten iranischen demokratischen Oppositionsgruppen sich an die internationale Öffentlichkeit wenden.

*Für einen säkularen und demokratischen Iran!
Bündnis gegen Antisemitismus Leipzig
Leipzig, 25. Juni 2009*